

Auszug aus Context **XXI**<http://contextxxi.org/entsendegesetz-vorgelegt.html>

erstellt am: 27. April 2024

Datum dieses Beitrags: Dezember 1996

Entsendegesetz vorgelegt

■ PETER STEYRER

Die Bundesregierung hat ein Entsendegesetz vorgelegt, daß die Praxis von Truppenentsendungen in Zukunft gestalten soll. Alle neutralitätsrechtlichen Beschränkungen sind darin praktisch aufgehoben. Es können damit in Zukunft österreichische Soldaten auch mit einem Mandat zur Friedensdurchsetzung unter NATO-Kommando in die Welt geschickt werden. Damit werden eine Generalvollmacht und ein Freibrief zur Truppenentsendung geschaffen. Im Jänner 1997 soll die Regierungsvorlage im Verfassungsausschuß verhandelt werden.

Das sicherheitspolitische Positionspapier der SPÖ hat diese Linie bereits

vorgezeichnet. Wenngleich auch in den Medien vor allem die Ablehnung eines NATO- oder WEU-Beitritts seitens der SPÖ hervorgestrichen wurde, beinhaltet dieses Papier eine Reihe neutralitätswidriger Ziele.

So wird die Erfüllung der sogenannten Petersberg-Aufgaben ebenso zu einem sicherheitspolitischen Ziel Österreichs erklärt wie auch die Beteiligung und Integration österreichischer Einheiten in die Combined Joint Task Force der NATO, „um auch auf Nicht-Artikel-V-Fälle reagieren zu können“. Ein NATO-Vollbeitritt wird zwar formal ausgeschlossen, aber der Inhalt der sicherheitspolitischen Positionen der SPÖ ermöglicht eine Beteiligung an allen Mil-

itärinterventionen der NATO.

Düstere Aussichten für die Neutralität.

Peter Steyrer: Dr. phil, Kommunikationswissenschaft und Philosophie, war langjähriger Aktivist und „tragende Säule“ der *ARGE für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung*. Seit 1999 EU-Koordinator des *Grünen Klubs* im Parlament. Redaktionsmitglied von **Context XXI** (ZOOM) bis März 1999.

Lizenz dieses Beitrags

Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels